

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 24. und 25.03.2022

Zur 9. Sitzungsperiode des Landtages standen 18 Themen auf der Tagesordnung, über die am 24. und 25. März debattiert und abgestimmt wurde.

#Solidarität

Solidarität mit Menschen auf der Flucht

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine waren und sind viele Menschen gezwungen, die Ukraine zu verlassen. Angesichts der Dynamik und der größer werdenden Zahl der Schutzsuchenden ist klar, dass weitere Schritte nötig sein werden, insbesondere bei der Erschließung von Wohnraum.

Einen Antrag der Linksfraktion brachte die *migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade* ein und führte aus: „Der Krieg gegen die Ukraine ist in vollem Gange. Jeden Tag gibt es Tote und Verletzte sowie Zerstörungen und Grausamkeit. Jeden Tag werden mehr Menschen zur Flucht gezwungen. Es ist nichts anderes als Doppelmoral, den inhumanen Umgang mit Geflüchteten und den systematischen Rechtsbruch an der polnisch-belarussischen Grenze, das seit Jahren herrschende Elend für Geflüchtete auf den griechischen Inseln und die akute Gefahr für afghanische Ortskräfte nicht ebenso als Handlungsauftrag zu begreifen, wie die Not der Ukrainer*innen jetzt. Es ist nötig, die Menschen, die aus Russland fliehen, sei es als Oppositionelle oder als Deserteure, zu schützen und aufzunehmen. Wer die Politik Putins verurteilt, muss denen eine Chance geben, die sich ihr entziehen wollen und gegen sie arbeiten.“ Angriffe auf Menschen, die russisch sprechen, Hass auf Vereine und Verbände seien nicht zu rechtfertigen, sie sind furchtbar und sie müssen aufhören!

Solidarität, Hilfsbereitschaft, enorme Arbeitslast und auch Kreativität prägten die Arbeit der letzten Wochen. Doch es brauche mehr Unterkünfte für die Erstaufnahme, dauerhaften Wohnraum und Sprachkurse, Kinderbetreuung, Kitaplätze und Schulplätze. Insgesamt müssten die entstehenden Kosten schnell und verlässlich finanziell abgesichert werden. „Wir sehen ganz klar den Bund in der Pflicht, für diese finanzielle Absicherung zu sorgen – es ist die Aufgabe der Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Regelung einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben.“ „Dass Menschen in Turnhallen und Notquartieren untergebracht werden müssen, kann nicht ausgeschlossen werden. Wir sollten aber alles tun, um das zu vermeiden“, so Henriette Quade. Außerdem müssten die Anmeldungen bei den Ausländerbehörden schnell stattfinden können.

Eine besondere Herausforderung sei die Tatsache, dass viele Frauen, Kinder und ältere Menschen unter den Flüchtenden seien. Sie bräuchten effektive Schutzmechanismen gegen Ausbeutung, sexualisierte Gewalt und die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen. Zudem sei der emotionalen und psychischen Ausnahmesituation, in denen sich Frauen und Kinder befinden, deren Familienmitglieder sich noch im Kriegsgebiet befinden, Rechnung zu tragen, Aber auch den besonderen Bedürfnissen von Geflüchteten mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen und Älteren.

„Die Landesregierung muss für eine umfängliche Kostenübernahme durch den Bund sorgen und die Arbeit der Fachträger [von Beratungsstellen] endlich dauerhaft und strukturell absichern. Wir haben die Chance, auf Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zurückzugreifen, Bewährtes anzuwenden und Fehler zu vermeiden. Lassen Sie uns diese Möglichkeiten nutzen und jetzt schnell die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um alle, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen müssen, gut und sicher aufzunehmen“, schloss Henriette Quade ihre Einbringungsrede.

Der Antrag wurde abgelehnt.

#Kommunales

Kommunale Bäder unterstützen – Schwimmunterricht absichern

Bereits 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Schwimmbadfonds gefordert, um den Sanierungsstau in kommunalen Bädern zu reduzieren und den Schwimmunterricht für alle Kinder abzusichern. Allein 29 Städte und Gemeinden meldeten jetzt einen Sanierungsstau von ca. 148 Millionen Euro. Die *kommunalpolitische Sprecherin Christina Buchheim* betonte in ihrer Rede: „Bereits zu normalen Zeiten war der Betrieb eines Schwimmbades für die Kommunen eine Herausforderung. Die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie könnten nun allerdings dafür sorgen, dass die Betreiber der Bäder selbst baden gehen. Fehlende Einnahmen aufgrund von Schließungen oder gesetzlich vorgeschriebene maximale Besucherzahlen, höhere Personal- und Sachkosten infolge der Hygienekonzepte - der Betrieb der Bäder ist noch mehr zu einer wirtschaftlichen Herausforderung der Kommunen geworden. Kommunale Schwimmbäder konnten lediglich die sogenannten November- und Dezemberhilfen des Bundes in Anspruch nehmen. Dies war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aktuell müssen die Kommunen finanzielle Verluste ausgleichen, aber auch Erhöhungen der Eintrittspreise stehen auf der Tagesordnung. Das trifft die Kommunen, aber auch die Besucherinnen der Bäder hart.“

Kurz gesagt: Ohne Unterstützung von Bund und Land sind aktuell weitere Bäder von der Schließung bedroht.“

Hinzu kämen stark gestiegene Energiekosten, die zusätzlich belasten, sowie Personalmangel, weil sich viele Mitarbeiter*innen umorientiert hätten.

Auch die Koalition habe erkannt, dass durch die Schließung von kommunalen Bädern der Schwimmunterricht in Gefahr gerät. Angekündigt wurde mit dem Koalitionsvertrag ein – ich zitiere – „Sonderprogramm zur Sanierung von Hallen- und Freibädern“. „Lassen Sie bereits heute diesen Worten Taten folgen! Es bedarf einer gezielten Förderung, die die Bedeutung der Bäder für den ländlichen Raum und für den Schwimmsport würdigt. Dem starken Anstieg der Betriebskosten muss dringend entgegengewirkt werden. Durch Sanierungen können Einsparungen bei Strom und Wärme generiert und im doppelten Sinne positive Effekte erzielt werden, nämlich eine Entlastung der kommunalen Haushalte und ein Beitrag zum Klimaschutz“, so Christina Buchheim.

Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

#Kommunal Finanzen

Land soll Tarifsteigerungen 2022 in Kindertageseinrichtungen voll übernehmen

Im Februar 2022 wurden Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst aufgenommen. In diesen Verhandlungen geht es um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, um Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine Aufwertung der Arbeit. Die große Bedeutung der Arbeit in Kindertagesstätten, Horten sowie vielen anderen sozialen Einrichtungen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen spiegelt sich längst noch nicht überall in einer angemessenen Bewertung der Arbeit und in motivierenden Arbeitsbedingungen wider. Ziel muss es sein, die Kostensteigerungen aus einer Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse ist, vollständig vom Land zu übernehmen und nicht die klammen kommunalen Haushalte und die Beiträge der Eltern zur Finanzierung dieser Mehrkosten heranzuziehen, so fordert es der Antrag der Linksfraktion. Diesen brachte die *familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann* ein und sagte:

„In den letzten zwei Jahren, die durch die Pandemie bestimmt waren, galt unser Dank den Beschäftigten in systemrelevanten Berufen, auch denen in der Kinder- und Jugendhilfe. Eine funktionierende Kindertagesbetreuung ist enorm wichtig, sowohl für Kinder, ihre Eltern und unsere

gesamte Gesellschaft. Die Beschäftigten in den Kindertagesstätten leisten einen großen Beitrag im Kampf gegen die sozialen Folgen in und nach der Pandemie.

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Gewerkschaften in der aktuellen Tarifrunde nach einer Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst nachvollziehbar. Damit sich daraus keine Erhöhung der finanziellen Belastungen für Kommunen und Eltern ergeben, fordern wir die Landesregierung auf, die durch ein Tarifergebnis in der Tarifrunde 2022 für den Sozial- und Erziehungsdienst entstehenden Mehrkosten in den Kindertageseinrichtungen vollständig in den Kind-Pauschalen für die Zuweisungen des Landes abzubilden. Unsere Befürchtungen sind, dass die Kommunen sich über die Erhöhung der Elternbeiträge einen Teil des Geldes zurückholen werden.

Wir können es uns nicht leisten, Fachkräfte durch ständig wachsende Arbeitsbelastungen zu verlieren. Selbst wenn der Tarifabschluss nicht optimal läuft, haben wir bei der Qualitätsverbesserung noch einiges zu tun, etwa bei der Verbesserung des Personalschlüssels, bei Vor- und Nachbereitungszeiten, Vollzeit- statt Teilzeitbeschäftigung, mehr Zeit für Fort- und Weiterbildung sowie der Entlastung der Eltern bei den Beiträgen.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

#Pandemie

Hilfstrukturen für Frauen und Mädchen stärken

Die Situation für Mädchen und Frauen hat sich in der Pandemie verschärft. Gründe hierfür waren die Zunahme von häuslicher Gewalt, die vermehrte Beanspruchung von Kurz- und Teilzeit, Sonderurlaub oder unbezahlten Freistellungen von berufstätigen Frauen zur Betreuung der Kinder sowie der Begleitung dieser beim Homeschooling. Dadurch stieg auch die ökonomische Abhängigkeit vom Partner oder von der Ausübung von mehreren Mini-Jobs. Der Anstieg von psychischen, physischen und ökonomischen Belastungen bei Frauen führt auch zu gestiegenen Bedarfen an Beratungen und Schutzräumen. Hier stellen die Frauenzentren eine besondere Anlaufstation für alleinerziehende Mütter bzw. Seniorinnen dar. Hierfür verdienen die Einrichtungen Wertschätzung und Anerkennung, welche in Form einer einmaligen Corona-Bonuszahlung erfolgen muss, so der Antrag der Linksfraktion.

Die *Fraktionsvorsitzende sowie frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin Eva von Angern* betonte in ihrer Rede: „Die Coronaprämie ist seit geraumer Zeit in aller Munde. Sie dient als Anerkennung für zusätzliche Leistungen, zum Teil auch für übermenschliche Leistungen, die während der Pandemie erbracht worden sind. Und ja, es soll eben auch ausdrücklich eine Wertschätzung für besondere Anforderungen durch die Arbeitgeberinnen sein. Im Zusammenhang mit der Coronasonderprämie denken wir an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Krankenhäusern, von Pflegeeinrichtungen. Ich will die kritischen Dinge, die dazu zu sagen sind, und die Tatsache, dass viele Beschäftigte in den Krankenhäusern das Geld noch nicht einmal erhalten haben, an dieser Stelle einmal außen vorlassen.“

Die Mitarbeiterinnen in den Frauenschutzhäusern und Beratungsstellen haben zum Teil übermenschliche Anstrengungen unternommen, um all die pandemiebedingten neuen und zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. Dabei darf nicht vergessen werden, in welcher teilweise prekären Beschäftigungs- und Personalsituation sich diese Einrichtungen befinden. „Ich sage ganz deutlich: Es ist das Mindeste, danke zu sagen. [...] Aber dies Danke sollte eben ausdrücklich in Form einer finanziellen Anerkennung, einer finanziellen Wertschätzung vorgenommen werden“, so Eva von Angern in ihrer Rede.

Der Antrag wurde abgelehnt.

#Wohnen

Wohnungsunternehmen unterstützen, um Hilfsangebote für Mieter*innen zu erleichtern

Die Kosten für Wohnen, Energie und Mobilität steigen stetig und belasten gerade einkommensschwache Haushalte immens. Der kürzlich beschlossene Energiekosten-Zuschuss des Bundes ist verhältnismäßig gering und auf wenige Haushalte beschränkt – vor allem auf jene mit Wohngeld-Bezug.

Die *sozialpolitische Sprecherin* **Monika Hohmann** verwies in ihrer Rede auf traurige Fakten: „Im Jahr 2020 hatten wir in Sachsen-Anhalt 2626 Zwangsräumungen. Das sind pro Arbeitstag zehn Zwangsräumungen. Das heißt, während wir hier sitzen, finden zehn Zwangsräumungen im Land statt. Für das Jahr 2021 liegen uns diese Zahlen noch nicht vor; [...] Aber meine Befürchtung ist, dass die Zahlen nicht besser aussehen werden als im Jahr 2020.“

Zudem habe eine kürzliche Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergeben, „dass jeder zweite Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt derzeit so wenig verdient, dass nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente von weniger als 1 300 € brutto droht. Nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge bedeutet das eine monatlich ausgezahlte Nettorente von rund 1 160 €. In Sachsen-Anhalt sind davon 258 727 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen. Also müssen 52 % der Vollzeitbeschäftigten mit einer schmalen Rente rechnen, trotz eines kompletten Arbeitslebens“, so Monika Hohmann weiter. Trotzdem sei die Inanspruchnahme von Leistungen wegen des mit dem Gang zum Sozialamt verbundenen Stigmas für viele keine Option, sie verzichteten stattdessen und versuchten irgendwie über die Runden zu kommen. Altersarmut, Kinderarmut, Überschuldung – mit diesen Problemen hat Sachsen-Anhalt massiv zu kämpfen und dies hat für die Menschen Auswirkungen auf die Bezahlbarkeit von Wohnraum, aber die Richtlinie des Landes für den sozialen Wohnungsbau sei bis heute nicht in Anspruch genommen worden.

Um die Nutzung des Wohngelds und andere Hilfsangebote zu stärken, bedarf es auch des Aufsuchens der Mieter*innen, um zu den Möglichkeiten der vorhandenen Mittel zu beraten. Viele Wohnungsunternehmen würden Senior*innen, Alleinerziehende und einkommensschwache Haushalte gerne niedrigschwellig bei der Beantragung unterstützen, es fehlt Ihnen jedoch an Beschäftigten, die die aufsuchende Betreuung übernehmen können. Die Fraktion DIE LINKE möchte daher die Wohnungsunternehmen dabei unterstützen, die Mieten für ihre Mieter*innen bezahlbar zu halten.

Der Antrag wurde abgelehnt.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Wahl des Landesdatenschutzbeauftragten scheitert

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wählt nach Artikel 63 Absatz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt den Landbeauftragten für den Datenschutz. Nach dem Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt sind 7 Bewerber durch Ausschreibung ermittelt worden. Ausgehend von 97 Mitgliedern des Landtages beträgt das erforderliche Quorum der Mitglieder des Landtages 49 Abgeordnete. Die Koalitionsfraktionen haben insgesamt 56 Stimmen. Der beste der 7 Kandidaten brachte es jedoch nur auf 46 Stimmen. Damit bleibt Sachsen-Anhalt weiterhin ohne Datenschutzbeauftragten.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 7. April 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.